Wir marschieren vorwärts!

Sammel- und Werbeergebnisse der Dresdner Stadtteile vom Sonntag: 499,25 Mark für den Kampffonds . 62 neue Parteimitglieder . 13 neue Leser für die Arbeiterstimme und 150 Leser für das Illustrierte Volksecho geworben

Aus den Dresdner Stadtteilen gehen uns über die Ergebnisse des ersten Großsammel- und Werbetages zu:

Stadtteil 1: Gesammelt 103,25 Mark, Parteiaufnahmen 6, Arbeiterstimme 1, Volksecho 6, JAH 1, Literaturverkauf 13,81 M.

Stadtteil 2: Gesammelt 51,50 Mark, Parteiaufnahmen 8, Arbeiterstimme 1, Volksecho 11, AH 2, Literaturverkauf 38,70 M.

Stadtteil 3: Gesammelt 33,00 Mark, Parteiaufnahmen 4, Arbeiterstimme 2, Volksecho 17, Literaturumsatz 65,45 Mark.

Stadtteil 4: Gesammelt 87,91 Mark, Parteiaufnahmen 23, KJVD 8, RGO 4, Arbeiterstimme 4, Volksecho 10, AH 3, Literaturumsatz 25 Mark. Bis jetzt 150 Wahlhelfer in die Listen eingezeichnet. Ergebnisse von Zelle Tolkewitz fehlt.

Stadtteil 6 (Teilergebnis): Gesammelt 44,88 Mark, Parteiaufnahmen 2, Volksecho 27, AH 2, Literaturumsatz 23,90 Mark.

Stadtteil 5 (Teilergebnis): Gesammelt 34,21 Mark, Parteiaufnahmen 10, Arbeiterstimme 4, Volksecho 31, AJJ 2, RGO 1, Literaturumsatz 89,05 Mark.

Stadtteil 7: Gesammelt 52,36 Mark, Parteiaufnahmen 6, Arbeiterstimme 1, Volksecho 14, AJJ 1, AH 2, Literaturumsatz 28 Mark.

Instruktorgebiet 20: Gesammelt 31,45 Mark, Parteiaufnahmen 3, Kampfbund 3.

Stadtteil Leuben, Zelle Dobritz: Gesammelt 49 Mark.

Zelle Neumarkt im Stadtteil 2: Gesammelt 12,20 Mark, rote Wahlhelfer 18, Volksecho 4, Literaturumsatz 4,60 Mark.

Eine Reihe von Ergebnissen der Instruktorgebiete, u. a. von Laubegast, stehen noch aus.

Diese Ergebnisse des ersten Großsammel- und Werbetages zeigen bereits eine Verbesserung gegenüber den früheren Ergebnissen von Großwerbetagen. Dieser Erfolg ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß eine **planmäßigere Arbeit** als bisher in einer Anzahl von Zellen erfolgte. Trotzdem gibt es noch zahlreiche Zellen, die überhaupt nicht oder nur mit wenigen Mitgliedern an der Sammel- und Werbearbeit teilgenommen haben. Das muß anders werden. Jede Zelle muß mit ganzer Kraft an der Parteiarbeit teilnehmen, alle Parteimitglieder dazu heranziehen und planmäßig vorstoßen.

Jetzt gilt es besonders alle Kräfte in den Betrieben zu entfalten, um an diesem Hauptteil der proletarischen Klassenfront unsere Positionen schnellstens zu verstärken. Jeder Tag muß uns neue Resultate

in der Gewinnung von Hunderten von Arbeitern als rote Wahlhelfer,

in der Sammlung für den Kampffonds „Klasse gegen Klasse",

in der Werbung von neuen Parteimitgliedern und neuen Lesern für unsere Presse, in erster Linie für die Arbeiterstimme, aus den Betrieben herausbringen.

Zahlreiche Naziüberfälle in Berlin

Eine große Anzahl von Arbeitern teilweise schwer verletzt . Zahlreiche Verhaftungen Gemeinsame Abwehrfront von Reichsbannerarbeitern, Parteilosen und Kommunisten

Berlin, 29. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag kam es zu einer ganzen Anzahl von Zusammenstößen zwischen Nazis und Arbeitern. In der Invalidenstraße im Norden Berlins überfielen am Sonntagvormittag Nazis mehrere Reichsbannerarbeiter. 5 Reichsbannerarbeiter und ein Nationalsozialist wurden verletzt. Die Polizei nahm 27 Verhaftungen vor.

Gegen 8 Uhr morgens provozierten Nazis in Pankow die Arbeiterschaft. Kommunistische und Reichsbannerarbeiter setzten sich gemeinsam gegen die SA-Banden zur Wehr. Hierbei wurde ein Reichsbannerarbeiter und ein Nationalsozialist verletzt. Die hinzukommende Polizei verhaftete 36 Personen.

In der Gotenstraße in Berlin-Schöneberg wurden provozierende Nazis von den Arbeitern verjagt, dabei erhielt ein Nazi Kopfverletzungen. Am Gustav-Müller-Platz wurde bei Provokationen der Nazis gegen Arbeiter ein Nazi verletzt.

Gegen 9 Uhr vormittags kam es in der Laubenkolonie Nordbahn in Wittenau zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten. Ein Nazi erhielt Kopfverletzungen. Vier Verhaftungen wurden vorgenommen.

Um 12.15 Uhr wurden in der Seestraße im Berliner Norden Reichsbannerarbeiter von Nazis überfallen. Zwei Reichsbannerarbeiter wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus übergeführt werden. 8 Nazis wurden zwangsgestellt.

Im Südosten Berlins versuchten die Nazis einen „Sturm" auf die Arbeiterquartiere zu machen. Dank der Geschlossenheit der Arbeiterschaft ist dieser Feldzug kläglich mißglückt.

In der Georgenkirchstraße im Zentrum Berlins und in der Gartenstraße im Berliner Norden kam es gleichfalls zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und provozierenden Nazis.

Diese neuen zahlreichen Ueberfälle auf Berliner Arbeiter zeigen mit aller Deutlichkeit auf, wie notwendig es ist, die **einheitliche Abwehrfront** der Arbeiter in allen Betrieben, an allen Stempelstellen und Ortschaften aufzurichten. Nur die rote Einheitsfront — deren Symbol die proletarische Klassenkandidatur des Genossen **Ernst Thälmann** zur Reichspräsidentenwahl ist — und die Bildung von **Schutzstaffeln aller Arbeiter** in den Betrieben, an den Stempelstellen und den Arbeiterwohnvierteln ist imstande, dem organisierten Arbeitermord der Nazis ein Ende zu machen. Das müssen besonders die SPD- und Reichsbanner-Arbeiter erkennen, die heute noch der „Eisernen Front" nachlaufen. Die von den sozialfaschistischen SPD- und Gewerkschaftsführern angeblich zum „Kampf gegen den Faschismus" geschaffene „Eiserne Front" ist eine **Front für Hindenburg und damit für den Faschismus.**

Nicht mit, sondern gegen die „Eiserne Front" muß die Parole aller Arbeiter sein, um den Faschismus zu schlagen und damit auch mit den nationalsozialistischen Terrorgruppen und Ueberfallkolonnen Schluß zu machen!

„Thälmanns Rede sachlich, phrasenlos"

Bürgerliche Presse stellt die tiefe, unzerreißbare Verbundenheit des Führers der KPD mit der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten fest

Essen, 27. Februar. (Eig. Bericht.)

Der „Dortmunder Generalanzeiger", eines der gefährlichsten „neutral und oppositionell" angestrichenen Exemplare dieser Sorte „Generalanzeiger" muß unter dem Druck des Ruhrproletariats und dem Enthusiasmus der Massen für die Klassenkandidatur Thälmanns, einen Bericht über die Westfalenhalle-Versammlung bringen, dem wir folgendes wörtlich entnehmen:

„Schätzungsweise 50 000 Menschen mußten umkehren .... an 25 000 füllten die Westfalenhalle. Es waren Gesichter, wie wir sie von den Arbeitsplätzen, Stempelstellen her kennen, die die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zusammengeführt hatte. Mit tosendem Beifall aufgenommen wurden die Inschriften: Hände weg von China und der Sowjetunion, die Mahnung zum Zusammenschluß der Werktätigen in Stadt und Land zur Verhinderung eines neuen Weltenbrandes."

Der „Dortmunder Generalanzeiger" bringt dann einen wörtlichen Bericht aus der Rede, in dem sich die von Thälmann herausgearbeiteten Tatsachen gegen die Brüningregierung, die Politik des „kleineren Uebels", gegen die Demagogie der Hitlerpolitik wuchtig aneinanderreihen. Das Blatt muß in seinem Bericht zugeben, daß die Bankenzusammenlegung, wie Thälmann es unwiderlegbar klarstellte, nur ein Manöver zur Verhüllung der Zusammenbrüche und der vielen Skandale in allen Zweigen der Wirtschaft, nur eine Vertuschung des verfaulenden kapitalistischen Systems darstellt. Das Blatt bringt ohne jeden Kommentar Thälmanns Ausführungen über die aufreizende Vernichtung von Millionenwerten von Lebensmitteln, vom Hungern von Millionen Menschen. Es übernimmt ohne Kommentar die Ziffern, die Thälmann über den Nazibluterror bekanntgab, bringt die Gegenüberstellung des gewaltigen Aufschwungs des sozialistischen Systems. Das Blatt schließt den Bericht:

„Eine einzige scharfe Kampfansage gegen Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau, gegen Steuererhöhung und jegliche Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen, eine Kampfansage gegen die SPD. und Rechtsreaktionäre, vor allem Front gegen die Hitlerpartei waren die Schlußausführungen Thälmanns, dessen gesamte Rede einen sachlichen, nuhemangelnden und phrasenlosen Eindruck erweckte."

Dieser Bericht einer Zeitung, deren wichtigste Aufgabe in Rheinland-Westfalen darin besteht, die rebellierenden Kräfte der Angestellten, Beamten, Mittelständler von dem Abmarsch in das kommunistische Lager zu verhindern, die ein Loblied auf die Brüningregierung singt, die das wichtigste Publikations- und Verteidigungsorgan der sogenannten „Eisernen Front" darstellt, dieses Blatt hat unter der Wucht der Tatsachen nicht gewagt, seinen Lesern die Wahrheit vorzuenthalten, den Triumph des Sozialismus, die Ueberlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems zuzugeben dem verfaulenden Kapitalismus zuzugeben. Dieses Blatt mußte zähneknirschend, um den Verlust Zehntausender von Lesern zu vermeiden, die Wahrheit aus dem Referat des roten Arbeiterführers, über den Massenjubel, über die Kampfentschlossenheit der Massen zugeben.

Das Ruhrproletariat wird in den kommenden Kämpfen noch mehr Mut und Kühnheit beweisen, als in der Vergangenheit, wenn die Massen in Dortmund, die zu Thälmann kamen, wahrlich zu ihrem letzten Mann: Hier wird kein parlamentarischer Wahlkampf durchgeführt, hier heißt die Losung:

Klassenkampf für den Sozialismus!

Versammlungs- und Redeverbotsandrohung gegen Genossen Selbmann!

In unserer Ausgabe vom Donnerstag dem 25. Februar veröffentlichten wir eine Anfrage, die von unserer Fraktion im Sächsischen Landtag wegen der **Vorgänge in der Chemnitzer Polizei** eingebracht wurde. Die Vorgänge, die zu jener Anfrage führten, sind darin selbst eingehend dargestellt und dort nachzulesen.

Das Eingreifen des Genossen **Fritz Selbmann** scheint dem Chemnitzer Polizeipräsidium schwer auf die Nerven gefallen zu sein. Anstatt die Klärung des vom Genossen Selbmann behaupteten Sachverhalts in Angriff zu nehmen, bekommt dieser ein **Schreiben vom Chemnitzer Polizeipräsidium,** aus dem wir auszugsweise die wichtigste Stelle wiedergeben. Es heißt dort, nachdem davon gesprochen wird, daß die von Selbmann aufgestellten Behauptungen hinsichtlich des Kriminalhauptwachtmeisters Jobst unwahr seien und eine schwere Verleumdung des Beamten darstellen, folgendermaßen:

„Es wird ersucht, Herrn Selbmann zu eröffnen, daß wegen der von ihm aufgestellten Behauptungen das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet werden wird und ihm ferner zu bedeuten, daß für den Fall einer weiteren Verbreitung derartig verleumderischer Behauptungen durch Wort oder Schrift anmeldepflichtige Versammlungen im Bezirk des unterzeichneten Polizeipräsidiums, in denen er als Redner oder Debatteredner auftritt, verboten werden würden."

Fürwahr, eine **bequeme Methode.** Sie ist zwar nicht neu, sondern wurde im kaiserlichen Deutschland en masse gegen unbequeme Wahrheitsenthüller angewandt. Der Umstand, daß sie in demselben Maße in der deutschen Republik benutzt wird, um unangenehme Enthüllungen zu unterdrücken, beleuchtet den Charakter jener Demokratie, von der vor allem die Sozialdemokratie immer so viel faselt.

Die Arbeiterschaft wird diesen Versuch, inmitten der Präsidentenwahlkampagne einem prominenten Führer der KPD den Mund zu verbinden, **entsprechend beantworten.** Diese Androhung des Versammlungs- und Redeverbots gegen den Genossen Selbmann und damit gegen die Kommunistische Partei ist **ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterschaft und aller werktätigen Schichten. Protestiert in allen Betrieben gegen das angedrohte Redeverbot.** Wartet nicht, bis Schwammkrug das Redeverbot ausgesprochen hat. **Pariert schon heute den Schlag! Werdet Wahlhelfer für den roten Präsidentschaftskandidaten! Stärkt die KPD und ihre Presse!**

Neue Hochverratsprozesse in Leipzig

Leipzig, 27. Februar

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Brothändler Paul Loehrke aus Berlin-Rudow zu einem Jahr sechs Monaten Festung wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Im Haus von Loehrke wurden einige Gewehre gefunden, die nach Ansicht des Verurteilten für den Fall eines Faschistenputsches verwendet werden sollten.

Am gleichen Tag verurteilte der Strafsenat den Zimmermann Kurt Bigalke aus Königsberg wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Bigalke soll „Zersetzungsschriften" an Reichswehrsoldaten geschickt haben.

Regierung droht streikenden Gastwirten

Die Streikfront in Berlin verbreitert sich — Der Wirt des Gewerkschaftshauses als Streikbrecher unter Polizeischutz

Die Streikfront der Berliner Gastwirte, die im Kampf gegen die Reichs- und Gemeinde-Biersteuer stehen, hat eine bedeutende Verbreiterung erfahren. Abgesehen davon, daß die von Streikbrechern ausgegebenen Biervorräte zu Ende sind, haben die Geschäftsleute beschlossen, Flaschenbier nicht mehr zu verkaufen. Am Sonntag befanden sich 95 Prozent aller Gaststätten im Streik.

Die Kampffonds-Marken der KPD

Jeder Parteigenosse sorgt für Massenumsatz im Betrieb, im Büro, auf der Stempelstelle und auf dem Land

triebe im Bierstreik. Bezeichnend ist dabei, daß der Leiter des sozialdemokratischen Gewerkschaftshauses unter Polizeischutz nach wie vor Bier ausschenkt. Die Reichsregierung hat angesichts der **Geschlossenheit der Streikenden eine Drohung ausgesprochen, die die Empörung der Gastwirte noch gesteigert hat.** Die Regierung **gibt bekannt, daß die angeblich „bereits fertige Vorlage für die Biersteuersenkung" wieder zurückgenommen werde, wenn der Streik bis Montag mittag nicht abgeblasen sei.**

Welche Wirkung dieses Ultimatum hat, zeigt am deutlichsten ein **Telegramm des Sächsischen Gastwirteverbandes,** der die Durchführung des Streiks in Sachsen bisher sabotiert hat. Unter dem Druck der Mitglieder sah er sich gezwungen, in einem Protesttelegramm an die Regierung mitzuteilen, daß sich die sächsischen Gastwirte sofort dem Streik anschließen müßten, wenn die **Regierung ihre Drohung wahrmache.**

Die Kommunistische Partei hat im Dresdner Stadtparlament einen Antrag dazu eingebracht.

Auch Lichtstreik in Berlin?

Wie gemeldet wird, treten heute die Vertreter des Berliner Mittelstands-Kartells zusammen, um einen eventuellen Lichtstreik zu beschließen. Dieser soll so durchgeführt werden, daß in Geschäften und Gastwirtschaften statt elektrischen Lichtes Kerzen und Petroleum gebrannt werden bis zu einer entsprechenden Senkung des Lichttarifs.

Massenmeeting 14 Jahre Rote Armee

In der am Freitag, dem 26. Februar vom Kampfbund gegen Faschismus veranstalteten Kundgebung

14-Jahre Rote Armee

im Kristallpalast, Dresden, die einen sehr guten Besuch aufwies hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 26. Februar zur 14-Jahr-Feier der siegreichen Roten Armee des Arbeiter- und Bauernstaates, der Armee des gesamten Weltproletariats, versammelten Dresdner Arbeiter und Werktätigen fordern die sofortige Freilassung des von der Klassenjustiz eingekerkerten und gequälten Genossen Richard Scheringer und der mit ihm leidenden 7000 proletarischen politischen Gefangenen. Unser revolutionärer Gruß den tapferen Klassenkämpfern!

Die Versammelten begrüßen den Massenaufmarsch der Dresdner Werktätigen unter Führung der KPD am 5. März und rufen alle Werktätigen auf, geschlossen zu marschieren, gemeinsam zu kämpfen für die Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpfer-Bundes, gegen den Faschismus, für den roten Arbeiterkandidaten, für unseren Führer Ernst Thälmann!"